

Stadtverwaltung Michelstadt

Antrag

Vorlage Nr.: AT-7/2026
Antragssteller CDU, ÜWG
Zuständigkeit: Hauptamt
Kostenstelle:
Status: öffentlich

eingereicht am: 18.08.2026

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	15.09.2026	beschließend

Betreff:

Antrag (P) der CDU und ÜWG-Fraktion: Sicherheitskooperation

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, eine verstärkte sicherheitsbezogene Zusammenarbeit der Ordnungsämter von Michelstadt, Erbach, Bad König, Oberzent und Höchst zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht vorzulegen.

Der Bericht soll insbesondere enthalten:

1. **Erfahrungsaustausch der Ordnungsämter**

Darstellung, welche sicherheitsrelevanten Erkenntnisse und Maßnahmen in Erbach und Höchst bereits bestehen (u. a. Umgang mit Vandalismus, Angsträumen, Videoüberwachung).

2. **Einbindung eines erweiterten Fachkreises**

Prüfung, inwieweit zusätzlich folgende kommunale Bereiche in den Austausch einbezogen werden sollten:

- Jugendpflege / Jugendsozialarbeit
- Sozialbereich
- Schulsozialarbeit
- Jugend- und Sozialausschüsse

3. **Gemeinsame Bewertung von Angsträumen**

Analyse, ob eine abgestimmte interkommunale Bewertung sicherheitsrelevanter Orte sinnvoll ist und welche Präventionsmaßnahmen daraus abgeleitet werden können.

4. **Koordinierte Präventionsmaßnahmen**

Darstellung, welche Maßnahmen gemeinsam entwickelt oder abgestimmt werden können (z. B. Beleuchtungskonzepte, Nulltoleranzstrategie, Konsequente Verfolgung von Bagatelldelikten, Präsenzzeiten, Präventionskampagnen).

5. **Abstimmung mit der Polizeidirektion Erbach/ Kriminaldirektion des Polizeipräsidiums Südhessen**

Prüfung, wie eine koordinierte Zusammenarbeit der kommunalen Stellen die polizeiliche Gefahrenabwehr unterstützen kann.

Der Magistrat wird gebeten, den Bericht bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Anlage(n):

1 2026-08-14 Antrag (P)_CDU_ÜWG_Sicherheitskooperation